

Nach dem Sturz der Regierung Kurz in Österreich: Klassenkämpferische Perspektive!

Michael Märzen, Neue Internationale 2019, Juni 2019

Nach dem
Ibiza-Skandal am 17. Mai ging es sehr schnell – FPÖ-Chef
Heinz-Christian
Strache ist zurückgetreten, die schwarz-blaue Regierung
zerbrochen, der Bundeskanzler
Sebastian Kurz gestürzt. Ein Grund zur Freude, keine Frage,
aber schon mit den
Neuwahlen im September droht die Fortsetzung der
konservativ-rechtspopulistischen Allianz. Die
sozialdemokratische Opposition
steckt selbst in der Krise und scheint unfähig, die
Regierungskrise für eine
fortschrittliche Offensive zu nutzen. Was also tun?

Ein Rückblick

Das Ibiza-Video
um Vizekanzler H. C. Strache und FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus
wird als einer
der größten Skandale in die Geschichte der österreichischen
Republik eingehen.
Dort sieht man die beiden, wie sie mit einer angeblichen

Oligarchen-Nichte

korrupte Deals aushandeln. Am brisantesten scheint, wie hier die verdeckte

Einflussnahme von GroßkapitalistInnen auf die FPÖ beschrieben wird: in Form von

Großspenden an gemeinnützige Tarnvereine. Mit einer solchen Indiskretion kann

eine Regierung der herrschenden bürgerlichen Klasse selbstverständlich nicht

leben. Strache und Gudenus mussten abtreten. Der folgende Machtkampf um das

FPÖ-geführte Innenministerium kostete nicht nur dem Innenminister Herbert Kickl

den Kopf, sondern schließlich dem Bundeskanzler selbst, dem die FPÖ gemeinsam

mit der SPÖ und der Liste Jetzt das Misstrauen aussprach.

Das Video

Am Freitag, den

17.5., veröffentlichten Süddeutsche Zeitung und Spiegel Videoausschnitte, in

denen der FPÖ-Parteiobmann und Vizekanzler Strache sowie der Klubobmann Gudenus

gegenüber einer vermeintlichen russischen Investorin Einblicke in die korrupten

Pläne und Spendenkonstruktionen ihrer Partei geben. Konkret steht der Vorschlag

im Raum, die Frau solle die größte Tageszeitung Österreichs, die

Kronen-Zeitung, übernehmen, unangenehme JournalistInnen entlassen und

Wahlkampfhilfe für die FPÖ leisten. Außerdem solle sie über Tarnvereine Geld an

die Partei spenden, wie das angeblich auch einige österreichische KapitalistInnen tun würden. Strache spricht von Beträgen in der Höhe von 500.000 bis 2 Millionen Euro. Im Gegenzug würde die angebliche Nichte eines Oligarchen lukrative Staatsaufträge im Straßenbau erhalten, die im Moment an die STRABAG (an der ein Unterstützer der liberalen NEOS, Hans Peter Haselsteiner, beteiligt ist) gehen. Auch eine Privatisierung der österreichischen Wasserversorgung, gegen die sich die FPÖ offiziell ausspricht, wird angeboten.

Zusammengefasst lassen Strache und Gudenus in dem Ausschnitt die Maske der „sozialen Heimatpartei“ fallen und sprechen Klartext über ihr wirtschaftsfreundliches und klientelpolitisches Programm.

Eine vorsichtige Bilanz

Eine tatsächliche Bilanz der Ereignisse ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt, wo sich Enthüllungen und parlamentarische Manöver halbtäglich ändern, nur begrenzt sinnvoll. Einige Aspekte der letzten Tage sind aber von entscheidender

Bedeutung.

Am

offensichtlichsten ist das politische Problem für die FPÖ, deren Führungsspitze zeigt, wie sie Politik für KapitalistInnen auf Kosten der lohnabhängigen Bevölkerung macht. Dazu kommen abstoßende Details wie die geplante Gleichschaltung der Medienlandschaft und die staatliche Auftragsvergabe an politische UnterstützerInnen.

Schwerwiegend

ist sicher, dass Strache ausplaudert, welche KapitalistInnen den rechten Umbau der Republik zahlungskräftig unterstützt haben. Mit Heidi Goess-Horten, René Benko und dem Glücksspielkonzern Novomatic nennt er hier SpenderInnen, die eher als ÖVP-nahe gelten. Diese Indiskretion wird ihn als Person für wichtige Teile der herrschenden Klasse untragbar machen (zumindest für einige Zeit).

Die Reaktion von

Kurz ließ auf sich warten, wohl weil er die Koalition gerne fortgeführt hätte.

Schließlich kündigten sich Kurz und Kickl die Koalition gegenseitig und

schrittweise auf. Der Bundeskanzler forderte den Abzug des FPÖ-Ministers

Herbert Kickl vom Innenministerium, worauf die FPÖ mit ihrem geschlossen

Rückzug aus der Koalition antwortete. Die ÖVP versucht jetzt, in die Wahlkampfoffensive zu gehen, und hebt das „gelungene Projekt“ Schwarz-Blau hervor. Eine Neuauflage der Koalition, die die restlichen geplanten Reformen (Steuersenkungen für Reiche, Zerschlagung des Sozialversicherungssystems, Angriffe auf die ArbeiterInnenkammer) zu Ende führt, ist also alles andere als ausgeschlossen.

Regierungssturz und SPÖ-Debakel

Die Frage des Misstrauensvotums hat die Sozialdemokratie selbst in eine (kleine) politische Krise geworfen und sogar links davon Verwirrung gestiftet. Die SPÖ war und ist hin und her gerissen zwischen einer Fundamentalopposition zu Kurz' „neuer Volkspartei“ und einer staatstragenden, sozialpartnerschaftlichen Politik. Aus der Logik der Fundamentalopposition musste sie den Bundeskanzler stürzen, aus der staatstragenden Logik müsste sie ihn stützen. Letztlich scheint es der drohende Gesichtsverlust vor der eigenen Parteibasis gewesen zu sein, der sie zum Misstrauensantrag bewegte. Doch selbst noch im Misstrauensantrag hat sie ihre staatstragende Haltung nicht aufgegeben und ihr Misstrauen damit begründet, dass die ÖVP die restlichen Parlamentsparteien in

die Bestellung der Übergangsregierung nicht genügend einbezogen habe, somit keine stabilen Verhältnisse geschaffen hätte.

Daher sollte es eine neue „ExpertInnenregierung“ geben. Diese Argumentation war selbst für viele sozialdemokratische WählerInnen nicht nachvollziehbar, wenngleich hier eine gewisse opportunistische Angst mitschwang. Natürlich konnte und sollte die SPÖ die ÖVP-Übergangsregierung nicht unterstützen. Nicht aber weil sie nicht sozialpartnerschaftlich genug agierte, sondern weil sie die Behüterin der schon umgesetzten schwarz-blauen Verschlechterungen ist. Diese Verschlechterungen – 12-Studententag, Kürzung der Mindestsicherung, Angriff auf die Sozialversicherung, diverse rassistische Maßnahmen – müssten jetzt mit der Krise des schwarz-blauen Projekts wieder zurückgenommen werden. Der richtige Weg dafür wäre eine klare klassenkämpferische Offensive unter Mobilisierung der ArbeiterInnenklasse. Eine solche Strategie ist aber unvereinbar mit einer sozialpartnerschaftlichen Orientierung bzw. einer Zusammenarbeit von Sozialdemokratie und Gewerkschaften mit offen bürgerlichen Parteien – Stichwort Rot-Grün-NEOS. Das gilt ebenso für die „ExpertInnenregierung“, die hinter einer vorgeblichen unpolitischen Fassade den politischen Status quo zementiert.

Das Versagen links der SPÖ

Die sich
überstürzenden und politisch neuen Ereignisse haben offenbar
auch die Kräfte
links der Sozialdemokratie überfordert. Unter dem Motto
„Neuwahlen sind gut,
weil es besser werden könnte“ orientiert sich die KPÖ voll auf
eine linke
Opposition im Parlament. Dass sie diese Opposition nicht
einfach so stellen
wird (siehe EU-Wahlen) und dass die verzweifelte Hoffnung
darauf kein Hebel
ist, um jetzt etwas zu ändern, zeigt ihre Perspektivlosigkeit.

Das andere
Extrem beschwört den Aufbau von unmittelbarem oder
langfristigem Widerstand auf
der Straße und einer neuen revolutionären Kraft (RKÖB, RSO,
...). Wenngleich
abstrakt richtig, fehlen hier konkrete Forderungen des
„Widerstands“ (gegen
was?) und konkrete Ansätze zum Aufbau einer revolutionären
Partei. Die
Perspektive wird zur inhaltslosen Formel. Die „Sozialistische
Linkspartei“ gibt
mit der Rücknahme der Verschlechterungen und darüber
hinausgehenden Forderungen
wie Arbeitszeitverkürzung und Mindestsicherung eine
Perspektive für eine
Bewegung, sie lehnt es aber ab, entsprechende Forderungen an
die
Sozialdemokratie zu stellen, denn von der dürfe man sich gar

nichts mehr
erwarten. Damit wird ein wichtiger Ansatz ignoriert, über den
wir die lähmende
Dominanz der SPÖ über die ArbeiterInnenbewegung in Österreich
brechen könnten.
Auch wird keine klare Opposition zu einer
„ExpertInnenregierung“ formuliert.
Der „Funke“ schweigt dazu gänzlich und die SLP streut die
Illusion, dass so
eine Regierung angreifbarer wäre für die Rücknahme von
Verschlechterungen.

Ein Ansatz zur Offensive

Trotz all dieser
Schwächen wollen wir eine Forderung der SLP aufgreifen,
nämlich die nach einer
Konferenz noch im Juni für eine Kampagne, die mit
Offensivforderungen in einem
Aktionstag vor den Wahlen münden soll. Das würde die Klärung
einer
klassenkämpferischen Perspektive ermöglichen, insbesondere die
Frage einer
„linken Kandidatur“ (die uns gegenwärtig unrealistisch
erscheint). Viel
wichtiger wäre dabei, verschiedene soziale Bewegungen
(Donnerstagsdemos,
Fridays for Future, Gleicher Lohn für gleiche Arbeit), Kräfte
der radikaleren
Linken und linke SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen
in einer
Einheitsfront gegen Schwarz-Blau zu vereinigen.

Wir schlagen

daher allen AktivistInnen vor, eine Einheitsfront um die folgenden Forderungen

zu bilden, die insbesondere auch an die Sozialdemokratie gerichtet werden

müssen:

- Offenlegung aller politischen Spenden, um das Ausmaß der Klientelpolitik in der kapitalistischen Politik zu untersuchen. Ebenso Offenlegung der Geschäftsbücher der Konzerne und Banken für VertreterInnen der ArbeiterInnenbewegung.
- Rücknahme aller schwarz-blauen unsozialen und rassistischen Verschlechterungen – 12-Stunden-Tag, Sozialhilfe, Zerschlagung der Kassen, Abschieberegime, etc. -, gestützt auf Mobilisierungen auf der Straße und gewerkschaftlichen Kampf bis hin zum Generalstreik. Statt Steuergeschenken für die Reichen, Vermögenssteuern und Enteignung zur Finanzierung einer „sozialstaatlichen“ Offensive.
- Schluss mit der sozialpartnerschaftlichen Anbiederung, nein zu jeglicher Unterstützung der „ExpertInnenregierung! Deren Bildung muss durch den Aufbau einer klassenkämpferische Opposition und Mobilisierungen in den Betrieben und auf der Straße beantwortet werden.